



„Antikorruptions-Check“ für gesamte Verwaltung

Gesetzentwurf der LINKEN zur Bekämpfung der Korruption in Ausschüsse überwiesen

Die LINKE hat ein Thüringer Gesetz zur Bekämpfung der Korruption in den Landtag eingebracht. Der Gesetzentwurf wurde am 17. Oktober in erster Lesung beraten. Für die Fraktion ergriffen André Blechschmidt und Knut Korschewsky das Wort.

Sie verwiesen auf die Anlässe für diese parlamentarische Initiative: Deutschland steht seit geraumer Zeit in der Kritik von lobbykritischen Organisationen, aber auch seitens der internationalen Ebene, weil es in Bund und Ländern noch keine Antikorruptionsgesetze gibt und das UN-Abkommen gegen Korruption immer noch nicht ratifiziert und umgesetzt ist. Im Bundestag war in diesem Jahr ein Oppositionsvorstoß zur Ratifizierung abgelehnt worden.

Mit Blick auf Korruptionsgefahren und die Situation in Thüringen geht es nicht nur um solche Affären, wie die um die Fördermittel für den Unternehmer Pilz oder die Beschaffungsaffäre bei der Polizei. Die Linksfraktion verweist auch auf die Antworten der Landesregierung auf ihre Kleine Anfrage zur Arbeit der Antikorruptionsbeauftragten in der Thüringer Verwaltung. Deutlich wurde, dass selbst die schwachen Vorgaben einer (veralteten) verwaltungsinternen Richtlinie aus dem Jahr 2002 nicht wirklich eingehalten werden. So findet in korruptionsgefährdeten Bereichen nicht die notwendige Rotation von Personal statt. Anti-

korruptionsbeauftragte sind zum Teil seit 2003 im Amt. Daher hat sich die LINKE zu dem Gesetzentwurf entschlossen. Gesetzliche Regelungen statt einer Richtlinie führen zu mehr rechtlicher Verbindlichkeit und Transparenz. Es würde mit dem Gesetz die Pflicht zu kontinuierlichen Gefährdungsanalysen in der Landtagsverwaltung bestehen. Für die Entscheidung über die Vergabe öffentlicher Aufträge, öffentlicher Mittel, insbesondere Fördermittel, aber auch von Genehmigungen, müsste ein sogenanntes Zuverlässigkeitsregister geschaffen werden, in dem „schwarze Schafe“ mit ihren Verstößen registriert werden.

Mit Blick auf demokratische Transparenz und Kontrolle

Zudem will die LINKE ein „Transparenzregister“ beim Landtag, in dem „von außen“ Einfluss nehmende und beteiligte Dritte von Amts wegen eingetragen werden. Hinzu käme ein unabhängig und weisungsfrei arbeitender Landes-Antikorruptionsbeauftragter mit weitreichenden Handlungsbefugnissen und einer Ombudsstelle, an die sich auch Bürger wenden können.

In allen öffentlichen Stellen des Landes sollten Antikorruptionsbeauftragte berufen werden. Für die Antikorruptionsarbeit in den Kommunen würde beim Landesbeauftragten eine Stabstelle eingerichtet, die in den vier Planungsregionen Regionalbüros unterhält und regelmäßig die Kommunen

prüft. Die Antikorruptionsbeauftragten sollen ein Beanstandungsrecht haben, wie es jetzt schon dem Datenschutzbeauftragten zusteht. Im Gesetz wird die Pflicht zu Antikorruptionsmaßnahmen verankert. Alle Arbeitsabläufe sollen so organisiert werden, dass die Korruptionsgefahr minimiert wird. Z.B. sollen Bedarfsermittlung, Anspruchsfeststellung und Mittelvergabe personell und logistisch getrennt werden. Menschen, die Hinweise zur Aufklärung von Korruption geben, sollen Schutzmechanismen in Anspruch nehmen können, wie das Recht auf Versetzung in eine andere Stelle. Alle Gesetze und die gesamte Verwaltung sollen einem „Antikorruptions-Check“ unterzogen werden. Zur wirksamen Umsetzung des Gesetzes und auch der internationalen Vorgaben in Thüringen soll es ein Antikorruptionsprogramm geben. Verordnungen zur Regelung der weiteren praktischen Fragen zur Umsetzung des Gesetzes brauchen mit Blick auf demokratische Transparenz und parlamentarische Kontrolle der Exekutive die Zustimmung des Landtages.

Dies alles steht jedenfalls nach Auffassung der LINKEN mit Dringlichkeit auf der politischen Tagesordnung in Thüringen. Wenngleich ihr aus anderen Fraktionen hauptsächlich Bedenken entgegengebracht wurden – manche Vorschläge seien zu weitgehend, hieß es, und Lobbyismus dürfe nicht „automatisch“ mit Korruption gleichgesetzt werden – wurde doch der Gesetzentwurf zur weiteren Beratung in die Aus-

KOMMENTIERT:

von Ina Leukefeld

Für viele gerade auch in Thüringen ein Traum

Kürzlich fand der sechste Welttag für menschenwürdige Arbeit statt, übrigens wie immer am 7. Oktober. Das ist für die internationale Gewerkschaftsbewegung der Tag, an dem für menschenwürdige Arbeit weltweit mobilisiert wird.

Menschenwürdige Arbeit bleibt aber gerade auch in Thüringen für viele Menschen ein Traum: Ein Drittel der Erwerbstätigen arbeitet in atypischer Beschäftigung, insbesondere Alleinerziehende. Tausende müssen trotz Arbeit mit Hartz IV aufstocken. Die heute gezahlten Niedriglöhne versprechen, die Altersarmut von morgen zu werden. Hier muss Politik endlich entschlossen gegenhalten und den Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt aktiv unterstützen, statt alles der Logik der Märkte zu überlassen.

Menschenwürdige Arbeit ist mehr als die Frage von Lohn und Festanstellung, wie auch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) immer wieder und zu Recht betont. Deshalb haben wir als Linksfraktion dem Thüringer Landtag einen Antrag zum Arbeits- und Gesundheitsschutz vorgelegt. Denn Arbeit in Würde heißt auch, dass Arbeiten nicht krank machen darf.

Gerade die psychischen Erkrankungen, die oftmals durch immer mehr Arbeitsdruck und Stress erzeugt werden, sind jedoch in Thüringen in den letzten Jahren auf dem Vormarsch. Daher wollen wir für Verbesserungen werben, von denen Beschäftigte und Unternehmen im Freistaat am Ende gleichermaßen profitieren.

Darüber hinaus müssen für einen Arbeitsmarkt des 21. Jahrhunderts auch endlich die großen Baustellen auf dem Weg in eine menschenwürdigere Arbeit angegangen werden: Arbeitszeitverkürzung, sozial-ökologischer Umbau und Gemeinwesenarbeit, neue und bessere Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Betrieben.

Hier hätte die rot-rot-grüne Mehrheit im Deutschen Bundestag wirklich etwas für die Beschäftigten, aber auch für die Zukunftsorientierung von Unternehmen bewirken können.

Leider haben sich SPD und Grüne diesem Weg verschlossen. Nun ist es wichtig, gerade auch angesichts des Stillstandes in der Landesregierung, wenigstens für Thüringen eine andere Regierungspolitik ab spätestens 2014 zu ermöglichen.

AKTUELL

Schredderaktion betraf V-Mann-Akte

Nach Berichten der ARD, wonach ein Thüringer Neonazi mit Kontakten zur militanten wie rechtsterroristischen Szene hinter der durch das Bundesamt für Verfassungsschutz vernichteten V-Mann-Akte Tarif steckt, erklärten die Mitglieder des Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses Martina Renner und Katharina König: „Der Umstand der gezielten Vernichtung der Akte Michael See alias Tarif sieht nach einer gezielten Vertuschungsaktion aus. Tarif hatte eine bundesweite Bedeutung in der extrem nazistischen Szene, die sowohl mit Mitteln der Gewalt aber auch durch Terrorakte ihre menschenverachtende Ideologie zum Ausdruck brachte.“ Michael See war über viele Jahre als äußerst

gut vernetzter und gefährlicher Neonazi in Thüringen aktiv. Bereits in den frühen 90er Jahren setzte sich der wegen versuchten Totschlags Vorbestrafte an die Spitze der Kameradschaft Leinefelde und leitete deren Wehrsportgruppe. Belegt sind vielfältige Kontakte zum Thüringer Heimatschutz. Nicht nur mit Tino Brandt und André Kapke pflegte er engen Austausch.

Bereits Mitte der 90er Jahre unterhielt er diverse Kontakte zu Neonazi-Gruppierungen im Ausland und zu führenden Kadern der verbotenen FAP, HNG sowie zu Neonazis mit Erfahrungen im Söldnerdienst. Eine seiner Publikationen, der extrem nazistische „Sonnenbanner“, fand sich in den Unterlagen von Mundlos, die in der Bombenbastlergarage 1998 aufgefunden

wurden. „Es ist mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass See auch die Mitglieder des NSU kannte“, so Katharina König.

Martina Renner konstatiert: „Da nicht mit einer zügigen Aufklärung durch den neuen Bundestag gerechnet werden kann, ist es in der Verantwortung des Thüringer Untersuchungsausschusses, alle Akten aus Berlin und anderen Bundesländern zu Tarif anzufordern und mit der Vernehmung seiner V-Mann-Führer bzw. der Referatsleiter aber auch der Verantwortlichen für die Schredderaktion Ende des Jahres 2011 zu klären, welche Rolle Michael See in der rechtsterroristischen Szene inne hatte und welche Beweggründe tatsächlich zur Vernichtung seiner Akte als V-Mann geführt haben.“